

März 2006

Der Krieg um das russische Gas und die fortdauernde Erhöhung des Erdölpreises - beides ist mit strukturellen Faktoren des aktuellen internationalen Kontextes verknüpft - haben deutlich gemacht, wie prekär das Wohlergehen und die wirtschaftliche Entwicklung Europas sind, die in der Tat davon abhängen, dass die fossilen Brennstoffe zu niedrigen Kosten verfügbar sind und die Lieferungen mit hinreichender Sicherheit erfolgen, d. h. letztendlich davon, dass die globalen Machtverhältnisse sich als stabil erweisen und somit diese niedrigen Kosten und sicheren Lieferungen gewährleisten.

Die Energieabhängigkeit der europäischen Länder hat inzwischen ein solches Ausmaß erreicht, dass die Sperrung einer Erdgasfernleitung aus Russland oder die Schließung eines saudischen bzw. iranischen Erdgasfeldes die Volkswirtschaft eines hinsichtlich der Energieversorgung besonders anfälligen Landes - beispielsweise Italiens - in die Knie zwingen und erhebliche Auswirkungen auf die interdependenten Volkswirtschaften der Nachbarländer haben kann.

Diese unverantwortliche Energiepolitik hat ihre Wurzeln in der Teilung Europas. Bereits in den fünfziger Jahren hatte Jean Monnet vorausgesagt, dass die Abhängigkeit der sechs Länder der EGKS von den Energieeinfuhren ohne eine angemessene europäische Politik bis in die sechziger Jahre von einem Fünftel auf ein Drittel des gesamten Verbrauchs ansteigen würde. Angesichts dessen hätte die EURATOM die Grundlagen dafür schaffen müssen, dass die steigenden Erdöl- und Kohleimporte durch den Einsatz der Kernenergie in vernünftigen Grenzen gehalten werden. Jedoch bewirkte der Umstand, dass diese Institution einzig und allein auf der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit beruhte und immer noch beruht, das Scheitern dieses Projekts. Ganz generell hat die Verschiebung der Gründung der Europäischen Föderation auf unbestimmte Zeit dazu geführt, dass die Staaten sich einerseits verstärkt nationalen Konzepten zugewandt und sich andererseits darum bemüht haben, die von dem internationalen Umfeld gebotenen Möglichkeiten zu nutzen: dies galt zunächst für die Zusage der Vereinigten Staaten, die Rohöllieferungen zu schützen, und - nach Ende des Kalten Krieges - für das Angebot Russlands, Europa mit Gas zu versorgen. Damit haben die Europäer die Grundlagen für ihre Abhängigkeit nicht nur vom Rohöl aus dem Nahen und Mittleren Osten, sondern auch vom Gas aus Sibirien geschaffen.

Um dieser Situation zu begegnen - die inzwischen eine richtige Notstandssituation geworden ist -, haben Großbritannien, Frankreich und Deutschland drei Rezepte vorgeschlagen, deren wesentliche Bestandteile in den von der Europäischen Kommission, vom Europäischen Rat und vom Europäischen Parlament vorgeschlagenen "europäischen Programmen" zu finden sind. Sie laufen unter den Bezeichnungen Liberalisierung des Energiemarktes, französisches Memorandum zur Energiepolitik und gute Nachbarschaftspolitik. Alle drei Ansätze zeichnen sich übereinstimmend dadurch aus, dass sie nicht als europäische Programme konzipiert, sondern einmal mehr als Koordinierung sektorieller einzelstaatlicher Politiken zu verstehen sind und das Problem allesamt sicherlich nicht lösen werden, gerade weil sie von der staatlichen Zersplitterung Europas ausgehen.

Die Liberalisierung des strategisch wichtigen Energiemarktes wird in dem Maße, in dem sie nicht von einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik begleitet wird, zwangsläufig zu einer weiteren Schwächung und Spaltung der Europäer führen, wobei konkret das Risiko besteht, dass riesige Energielieferanten wie Gazprom direkt oder indirekt auch die Kontrolle über das Energieverteilungsnetz in verschiedenen Ländern an sich reißen und somit die eigene beherrschende Stellung ausbauen.

Es ist undenkbar, die nationale Energiepolitik Frankreichs, die auf einer starken Förderung der Kernenergie und auf der schrittweisen Ersetzung der fossilen Brennstoffe durch Biokraftstoffe beruht, ohne weiteres auf europäischer Ebene zu übernehmen. Dies würde voraussetzen, dass alle Länder freiwillig und spontan gemeinsame europäische Energieziele mittragen, die mit nationalen Steuerungsinstrumenten und Finanzmitteln anzustreben sind,

welche oftmals im Widerspruch zueinander stehen und von schwachen europäischen Institutionen koordiniert werden.

Die von Deutschland vorgeschlagene und durch die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Frankreich im Nuklearsektor und mit Russland bei der Ausbeutung von Erdgas bereits initiierte Politik der guten Nachbarschaft dient dazu, die Rolle Deutschlands im Zentrum Europas zu stärken, jedoch nicht dazu, eine europäische Energiepolitik zu fördern.

Die Europäer sollten sich möglichst rasch des Umstands bewusst werden, dass sie *zwei* eng miteinander verknüpften Herausforderungen begegnen müssen, die zum einen auf dem Gebiet des neuen internationalen Mächtegleichgewichts und zum anderen auf technologischem Gebiet angesiedelt sind und nur durch die Wiederbelebung des Projekts der politischen Einheit Europas gemeistert werden können.

Auf globaler Ebene lenkt die Staatsräson die verschiedenen Weltmächte auf einen gefährlichen Kollisionskurs auf energiepolitischem Gebiet. Man muss sich nur Folgendes vor Augen halten: den Beschluss des US-Kongresses, China den Erwerb amerikanischer Erdölgesellschaften zu verwehren; die Beschleunigung der Politik der Renationalisierung der Erdöl- und Erdgasindustrie durch Russland in Verbindung mit dem Vorhaben, seinen Status als energiepolitische Supermacht sowohl in Europa als auch in Asien auszunutzen, und die Kooperationsvereinbarung zwischen China und Indien, die dazu dient, sich auf dem Weltmarkt die Kontrolle über die Unternehmen und Vorkommen zu sichern, die für die Entwicklung dieser Länder von Nutzen sind. Weder die einzelnen europäischen Länder noch die Europäische Union haben gegenwärtig die *Chance*, die Entwicklung dieser Beziehungen zu beeinflussen. Und zwar deswegen nicht, weil die Souveränität und die Staatsräson der einzelnen europäischen Länder wenig sind im Vergleich zur Macht der USA, Russlands, Chinas und Indiens und weil die Europäische Union kein Staat ist.

Technologisch gesehen sind die möglichen Optionen zur Verringerung der Abhängigkeit der europäischen Länder vom Erdöl und Erdgas bekannt. Sie betreffen die Wiederbelebung der Kernenergieproduktion, ohne die es keine signifikante Senkung der Treibhausgasemissionen geben wird; ferner den Einsatz von Biokraftstoffen, deren Erzeugung eine Neuausrichtung der Agrarpolitik erfordern würde, der unter diesem Gesichtspunkt nicht weniger, sondern mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden müssten, und schließlich den Rückgriff auf die (vergaste) Kohle, die Schaffung von Anreizen für die Nutzung erneuerbarer Energien und die Förderung der Verwendung von Wasserstoff; dies alles hängt jedoch davon ab, dass nicht nur eine neue Energieversorgungs- und Energieverteilungspolitik in die Wege geleitet, sondern darüber hinaus der europäische Sektor der öffentlichen und privaten Verkehrsmittel neu strukturiert wird. Es ist undenkbar, dass die Europäer ihre Abhängigkeit von den Rohöl- und Gaseinfuhren verringern und gleichzeitig eine Revolution im Bereich der Energieerzeugung und des Energieverbrauchs in Gang setzen können, wenn sie in einer Situation politischer und finanzieller Schwäche verharren, in die sie durch die nationale Dimension und den konföderalen europäischen Rahmen gedrängt worden sind. Diese Lösungen sind auf der Grundlage einer einfachen Zusammenlegung der nationalen Finanzmittel sowie der nationalen Produktions- und Forschungskapazitäten nicht durchführbar. Sie würden jeweils die Annahme wirtschaftlicher, steuerlicher und außenpolitischer Maßnahmen durch die Regierung eines souveränen Staates von kontinentalen Ausmaßen, nicht jedoch die Kontrolle durch Institutionen einer Organisation unabhängiger Staaten wie der Europäischen Union erfordern.

Die Europäer werden aus dieser Lage nur herauskommen, wenn der Wille zum Ausdruck gebracht wird, einen Europäischen Bundesstaat zu gründen. Sie müssen den Weg der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit verlassen, die nützlich ist, um Informationen und Kosten in diesem oder jenem Sektor partiell zu teilen, nicht jedoch, um zu regieren. Die Europäische Union kann in ihrer Gesamtheit kein Bundesstaat mit einer Regierung werden, die in der Lage wäre, die Entwicklung und die Sicherheit der Europäer zu gewährleisten und zu fördern. Daher muss im Rahmen der Länder, die vor mehr als einem halben Jahrhundert das Ziel der Schaffung der Europäischen Föderation vorgegeben haben, um den globalen Herausforderungen zu begegnen, deren Umriss sich schon damals abzuzeichnen begannen, möglichst bald eine konkrete Initiative zur Gründung des ersten Kerns des Europäischen Bundesstaates entwickelt werden, der jedem offen steht, der sich zu einem späteren Zeitpunkt anschließen möchte. Die Gründungsländer müssen - wenn sie künftig Niedergang und Unterordnung verhindern wollen - diese historische Verantwortung auf sich nehmen und sich bei allen ihren Entscheidungen davon leiten lassen.

*Publius*

---

Unter der Federführung der Stiftung Mario und Valeria Albertini

---

Editrice EDIF Onlus, via Volta, 5 - I-27100 Pavia - E-mail: [publius@euraction.org](mailto:publius@euraction.org)  
Direttore responsabile Elio Cannillo - Autorizzazione Tribunale di Pavia n. 574 del 9 settembre 2002  
Stampatore PIME SRL, Pavia - Poste Italiane s.p.a., Spedizione in Abbonamento Postale D.L. 353/2003  
(conv. in L. 27/02/2004 n. 46) art. 1, comma 2, DCB Pavia  
[www.euraction.org](http://www.euraction.org)